

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bierteljährlicher Abonnementspreis 0,65 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Hilfs-Vorstand)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz., 25 Pf., Familienanz., 15 Pf.
Vereinsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 67.

Berlin, Sonnabend, 21. August 1909

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

8. ordentlicher Delegiertentag des Gewerkevereins der Zigarren- und Tabakarbeiter. — 8. ordentliche Generalversammlung des Gewerkevereins der Deutschen Bergarbeiter. — Christliches Durcheinander in Saarabien. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen-Teil.

8. ordentlicher Delegiertentag des Gewerkevereins der Zigarren- und Tabakarbeiter.

Am Sonntag, den 15. August, nachmittags 3 Uhr, wurde in Heidelberg der Delegiertentag durch den Vorsitzenden des Generalrats, Kollegen Stephan, der eine längere Begrüßungsansprache hielt, eröffnet. Als Delegierte waren die Kollegen Krüger-Basewalk, Lindstädt-Rübenau, Weitzer-Magdeburg, Weizner-Finsterwalde, Görlig-Sprottau, Becker-Hagen, Ostberg-Gundelsheim, Herbold-Müdenloch, Weizner-Sandhausen, Sonek-Neilingen, Windisch-Rohrbach, Hoffmann-Heidelberg, Stephan-Weimen, Rohrmann-Kirchheim, Langloß-Neuluckheim, Kaiser-Kirchbach, Krauß-Ladenburg, Gutterer-Kuhlösch, Herd-St. Ngen und Roth-Hodenheim erschienen. Neben diesen wohnen den Verhandlungen bei der Ehrenvorsitzende des Gewerkevereins, Kollege Hippold-Magdeburg, und als Vertreter des Zentralrats der Verbandstaschierer, Kollege Rudolf Klein-Berlin, der dessen Grüße und Glückwünsche übermittelte.

Als Leiter der Verhandlungen wurden gewählt die Kollegen Weizner-Finsterwalde und Hoffmann-Heidelberg, als Schriftführer die Kollegen Ostberg-Gundelsheim und Windisch-Rohrbach. Nach Feststellung der endgültigen Tagesordnung und Beratung einiger Dringlichkeitsanträge wurde die Vorversammlung um 5 Uhr geschlossen.

Am folgenden Tage wurde in die Hauptverhandlung eingetreten. Vom Generalsekretär Kollege Hoff wurde der Tätigkeitsbericht über die letzten fünf Jahre erstattet. Es waren Jahre des Kampfes. Mit Lebhaftigkeit und Erfolg wurde die Agitation betrieben. Um den Abschluß von Tarifverträgen zu ermöglichen, waren Lohnkämpfe in großer Zahl erforderlich. In diesen Kämpfen mit gegnerischen Organisationen wurden unsere Positionen siegreich behauptet und mehrere neue Vereine mit einer großen Zahl Mitglieder gewonnen.

Auch gegen die Tabaksteuer wurde in Wort und Schrift mit aller Energie gearbeitet, um die schweren Schädigungen, welche den Tabakarbeitern durch diese Steuer drohen, nach Möglichkeit abzumildern.

Aus dem Kassenbericht geht hervor, daß die Finanzlage zufriedenstellend ist. Das Vermögen ist trotz der großen Anforderungen, welche insbesondere die Lohnkämpfe bedingten, von 13 053,93 auf 14 776,49 Mark, also um 1722,56 Mark gestiegen.

Von den Hauptrevisoren Kubner und Rauber wurde berichtet, daß die Bücher und Gelder beim Schatzmeister stets in bester Ordnung vorgefunden wurden, und die Entlastung für den Schatzmeister beantragt, welche auch nach vorausgegangenem lebhafter Diskussion erteilt wurde. Die Gelder sind auf der städtischen Sparkasse in Heidelberg angelegt; die Wertpapiere sollen auf der Reichsbank hinterlegt werden. An Diäten werden 12 Mark bewilligt.

Hieran anschließend referierte der Generalsekretär A. Hoff über die soziale Lage der Tabakarbeiter. Er schilderte die schwere Notlage dieser Arbeiterkategorie, deren Durch-

schnittsverdienst für Vollarbeiter laut Aufstellung der Berufsgenossenschaften 614 Mark pro Jahr beträgt. Von den Fabrikanten werden bei Errichtung neuer Fabriken vornehmlich solche Gegenden bevorzugt, wo recht niedrige Löhne bezahlt werden; so wächst das Elend immer mehr. Um überhaupt leben zu können, müssen die Tabakarbeiter nach vollbrachter Tagesarbeit vielfach Nebenbeschäftigung in der Landwirtschaft, als Musiker oder Kellerer haben. Die Ernährung ist infolge des geringen Verdienstes eine überaus schlechte: Brot, Kartoffeln, Mühen, Zwiebeln, Kohl und Salat, mit Unschlitt und Del zubereitet, da Fleisch und Butter unerlässlich sind, bilden die hauptsächlichste Nahrung dieser überaus fleißigen, aber armen Leute.

Es wurde dann die Beratung über die Berichte fortgesetzt. Die beantragte Genehmigung des vom Generalrat ohne Veranstaltung einer Mitgliederabstimmung vor etwa zwei Jahren neu bearbeiteten Statuts für den Gewerkeverein rief bei der Mehrzahl der Abgeordneten lebhafteste Zustimmung hervor. Gegen fernere Lebergriffe seitens der Beamten wurde strengste Verwahrung eingelegt.

Bei der hierauf sich anschließenden Statutenberatung wurde der Beitrag für männliche Mitglieder auf 15 Pf., für weibliche Mitglieder auf 12 Pf., für jugendliche Mitglieder auf 8 Pf. erhöht. Die bisher nach der durch Krankheit erfolgten Aussteuerung gewährte Arbeitslosenunterstützung soll in Zukunft nicht mehr gezahlt werden, da die Alters- und Invalidenversicherung in solchen Fällen zur Zahlung verpflichtet ist. Den weiblichen Mitgliedern sollen zwei Drittel der Umzugskosten laut Reglement gewährt werden. Die Stundungsfrist für die Zahlung der Beiträge wird von 6 auf 4 Wochen herabgesetzt. Die Beschlüsse des Generalrats sollen nicht mehr im „Tabakarbeiter“, sondern durch ein besonderes Protokoll den Vorstandsmitgliedern zur Kenntnis gebracht werden.

Vom Delegiertentag des Gewerkevereins der Bergarbeiter sowie vom Generalrat der Bauhandwerker sind Glückwünsche eingelangt.

Zum Reglement der Unterstützung bei Arbeitslosigkeit wurde beschlossen, daß nach einer Mitgliedschaft von 26 Wochen den Mitgliedern, welche infolge von Maßregelung, Streik oder Aussperrung arbeitslos geworden sind, eine wöchentliche Unterstützung, und zwar den männlichen von 9, den weiblichen von 6, den jugendlichen von 4,50 Mark gewährt werden soll. Nach zweijähriger Mitgliedschaft wird bei Arbeitslosigkeit gezahlt an männliche Mitglieder 7,50 Mark, an weibliche Mitglieder 5,50 Mark, an jugendliche Mitglieder 4 Mark. Nach fünfjähriger Mitgliedschaft wird gezahlt an männliche 10 Mark, an weibliche Mitglieder 8 Mark pro Woche auf die Dauer von 10 Wochen nach dem dritten Tage vom Tage der Arbeitslosigkeitsmeldung.

Eine eingehende Besprechung fand sodann statt über die Unterstützung derjenigen Mitglieder, die infolge der neuen Tabaksteuern arbeitslos werden. Es wurde beschlossen, daß die in Frage kommenden Mitglieder in erster Linie ihre Ansprüche an das Reich geltend machen. Die erforderlichen Vorarbeiten zur Erlangung der Reichsunterstützung hat der Generalrat unverzüglich vorzunehmen. Der Generalrat wurde weiter berechtigt, alle notwendigen Änderungen des Unterstützungs-Reglements vorzunehmen; doch ist dazu Zweidrittelmajorität des gesamten Generalrats erforderlich.

Betreffs Anstellung eines zweiten Beamten zur Vertretung der Agitation wurde beschlossen, einen Beamten vorerst auf ein Jahr zu wählen. Ueber die weitere Anstellung soll dann eine allgemeine Mitgliederabstimmung entscheiden.

Nach kurzer Besprechung über die Leitfäden des Programms und unsere Stellung im öffentlichen

Leben wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Der 8. ordentliche Delegiertentag des Gewerkevereins der Deutschen Zigarren- und Tabakarbeiter erklärt in voller Uebereinstimmung mit dem Verbandsrat der Deutschen Gewerkevereine (D.G.) es als eine Pflicht des Gewerkevereins, den alten, bewährten und allein zukunftsvollen Grundgedanken der partei- und kirchenpolitischen Unabhängigkeit als die Eigenheit unserer Organisation aufrecht zu erhalten. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin in der Zigarren- und Tabakbranche wird daher aufgefordert, in unsere Organisation einzutreten.

Die grundlegende Richtung des Gewerkevereins ist eine vollständig-freiheitliche. Auf dieser Grundlage und bei voller Koalition in religiösen Dingen kämpft die Organisation für die geistige und materielle Erhebung aller in der Zigarren- und Tabakfabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu gesteigertem geistigen und wirtschaftlichen Wohlstand. Um unsere Bestrebungen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse auch in der breiteren Öffentlichkeit stärker zur Geltung bringen zu können, erklärt es der Delegiertentag als eine dringende Notwendigkeit, daß alle Mitglieder ihre staatsbürgerlichen Pflichten bei den Wahlen ausüben und innerhalb ihrer politischen Organisation im Sinne der Gewerkevereine wirken.

Der Gewerkeverein steht nach wie vor auf dem Boden des deutschen Vaterlandes, dessen Ansehen, Kraft und Größe zu fördern, uns als eine Ehrensache auch für alle deutschen Arbeitnehmer gilt.

In der weiteren Beratung wurde beschlossen, das Vertrauensmännersystem weiter auszubauen.

Bei den nun folgenden Wahlen zum Generalrat wurden gewählt: Johann Stephan zum ersten, Joseph Weizner zum zweiten Vorsitzenden, als Generalsekretär August Hoff, als Beisitzer die Kollegen Franz Hoffmann, Albert Suffer, Friedrich Vogel, Joh. Windisch, Herm. Hemberger, Friedr. Herd, als Generalrevisoren Jakob Kubner, Wilhelm Rauber und Konrad Stephan. — Als auswärtige Generalratsmitglieder wurden gewählt die Kollegen Wilhelm Ruz-Berlin, Paul Weizner-Finsterwalde, Wilh. Görlig-Sprottau, Paul Ostberg-Gundelsheim, Herm. Stork-Eilshausen, Richard Lindstädt-Rübenau, Karl Becker-Hagen, Joseph Richard Krüger-Basewalk. Generalratsmitglieder und Generalrevisoren dürfen bis höchstens 10 Kilometer vom Vorort wohnen. Zum Sitz des Vororts wurde Heidelberg wieder gewählt.

Zu Verbandstagsabgeordneten werden die Kollegen Stephan und Hoff, als Ersatzmann der Kollege Weizner-Finsterwalde gewählt. Letzterer wurde auch gleichzeitig als Vertreter, und der Kollege Ruz-Berlin als Ersatzmann für den Zentralrat gewählt.

Das Gehalt des Generalsekretärs wird von 900 auf 1000 Mark erhöht. (Die Krankentasse zahlt den anderen Teil des Gehalts.) Das Gehalt des neu anzustellenden Beamten wird bis zu 1700 Mark bewilligt. Die Ausschreibung dieser Stelle soll im „Tabakarbeiter“ und im „Gewerkeverein“ erfolgen. Die bisherige Entschädigung des zweiten Vorsitzenden wurde aufgehoben.

Die gefassten Beschlüsse sollen am 1. Oktober 1909 in Kraft treten. Dem Ehrenvorsitzenden Kollegen W. Hippold-Magdeburg soll als Anerkennung seiner langjährigen Tätigkeit ein Ehrendiplom überreicht werden.

Vor Schluß der Tagesordnung gab Kollege Klein einen kurzen Rückblick über die gefassten Beschlüsse und richtete einen energischen Appell an die Abgeordneten, nunmehr mit unermüdbarer Tätigkeit für die Ausbreitung des Gewerkevereins zu wirken, um immer größeren Einfluß und Macht zur wirksamen Vertretung der Arbeiterinteressen zu gewinnen. Am Mittwoch nachmittag 2½ Uhr

wurde Johann mit einem Hoch auf den Gewerkverein der achte Delegiertentag geschlossen.
Hieran schließt sich die Generalversammlung der Kranken- und Begräbniskasse.

9. ordentliche Generalversammlung des Gewerkvereins der Deutschen Bergarbeiter.

(Schluß.)

In der Aussprache über den Tätigkeitsbericht wurde besonders eine Reihe innerer Organisationsfragen erörtert. Dem Hauptvorstande wurde durchgängig Anerkennung und Dank für seine Tätigkeit ausgesprochen.

Danach wurde der Rassenbericht erstattet. Die Gesamteinnahme im Gewerkverein beträgt 46 153 Mark, die Ausgabe 45 366 Mark; der Vermögensbestand beläuft sich auf 31 649 Mark. Unter diesem Punkte wurde auch die Zweckmäßigkeit der Einführung des Markenstempels als Beitragsquittung besprochen. Die Einführung von Lokalbeiträgen wurde erneut dringend befohlen. Danach erstattete der Hauptrevisor den Revisionsbericht und beantragte Entlastung des Hauptvorstandes. Die Kontrolle in den einzelnen Ortsvereinen müßte besser gehandhabt werden. Die Entlastung wurde einstimmig erteilt.

Zum Tätigkeitsbericht wurden dann noch nachstehende Entschlüsse einstimmig angenommen:

1. Die Generalversammlung billigt durchaus die Bescheidung des allgemeinen deutschen Bergarbeiterkongresses im Februar d. J. in Berlin. Sie beauftragt dagegen, daß die Bescheidung nicht einheitlich war wie in früheren Jahren. Ebenso billigt die Generalversammlung die auf dem Kongreß getroffenen Beschlüsse vollständig. In den vom preussischen Landtage gewählten Sicherheitsmännern kann die Versammlung eine ausreichende Mitbestimmung der Bergarbeiter aus der Grubenkontrolle nicht erblicken, da dieselben vom Unternehmer abhängig bleiben. Ausreichende Kontrolle kann nur von freigestellten, in geheimer Wahl von der Belegschaft gewählten und vom Staate besoldeten Arbeiterkontrollleuten ausgeübt werden. Alles andere wird „weiße Salbe“ bleiben.

Erneut fordert die Generalversammlung die Lebernahme der Bergeseggebung durch das Reich und Einheitlichkeit im Knappschaftswesen.

Die Generalversammlung verkehrt auch nicht, ihre schärfste Mißbilligung darüber auszusprechen, daß die Führer des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands nichts unversucht ließen, den allgemeinen deutschen Bergarbeiterkongreß in Weimar zu bringen. Bei Arbeitsbrüder sollte man vor Verschimpfung gefeiert sein, wenn man die Interessen des gesamten Standes wahrnimmt. Sonderinteressen wurden aber auf dem Kongreß nicht vertreten.

2. Die Generalversammlung billigt die Bescheidung der internationalen Kongresse durch den Hauptvorstand in den letzten beiden Jahren. Sie erkennt erneut an, daß unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen die Lebensinteressen der Bergarbeiter durch die Organisationen bedeutend wirksamer vertreten werden können, wenn sich diese international verständigen. Sie verkennt dabei durchaus nicht die nationalen Schwierigkeiten, die sich unter Umständen der Bildung einer einheitlichen Delegation entgegenstellen können, hält die internationale Verständigung aber für so wichtig, daß kleinliche Rücksichten die internationale Verständigung nicht unmöglich machen dürfen.

Die Generalversammlung ist andererseits aber der Meinung, daß diese Kongresse nur alle zwei Jahre zu tagen brauchen, um diese Verständigung im gewöhnlichen Sinne zu gestalten, zumal die einzelnen Nationen durch das internationale Komitee in beständiger Fühlung miteinander sind.

Sollten wichtige Ereignisse das öftere Tagen der Kongresse notwendig machen, so steht einer Einberufung durch das internationale Komitee ja ohnehin nichts im Wege. Sollten solche Fälle eintreten, so ist der Hauptvorstand ermächtigt, die Kongresse zu beschicken.

Im Anschluß daran begann die Beratung der Anträge zum Statut. Der Hauptvorstand hatte eine gründliche Umänderung des Statuts vorgelegt. Als besonders wichtig daran ist die Abänderung der bisherigen Krankenunterstützungseinrichtungen zu erwähnen. Bisher bestand als Krankenkasse eine Art Beihilfefonds, zu welcher der Beitritt freiwillig war. Jetzt soll dieser Beihilfefonds aufgehoben und die Krankenunterstützung mit der Gewerkschaftskasse verbunden werden. Geplant ist die Einführung von fünf Beitragsstufen von 25 bis 60 Pfg. Dabei soll der niedrigste Beitrag für das Ruhrgebiet keine Geltung haben. Das bedeutet: Im Ruhrgebiet beträgt der Beitrag mindestens 30 Pfg. pro Woche oder mehr, in den anderen Revieren 25 Pfg. oder mehr. Krankenunterstützung wird jedoch nur in den Stufen von 40 Pfg. ab aufwärts gewährt. Der Eintritt in diese höheren Stufen soll freiwillig sein. Sterbegeld wird in jeder Stufe gezahlt. Nach langer Debatte wurde einstimmig beschlossen, den bisherigen Beihilfefonds aufzuheben. Die niedrigsten Beitragsstufen wurden festgelegt auf 25 Pfg. für Schlesien, Saarrevier usw., 30 Pfg. für das

Ruhrrevier, beide ohne Krankenunterstützung; weiter 40 Pfg. und 60 Pfg., also vier Stufen als freiwillige Klassen mit Krankenunterstützung. In den drei untersten Stufen werden Mitglieder nur bis zum 50. Lebensjahre, in der obersten Stufe nur bis zum 45. Lebensjahre aufgenommen.

Danach entwickelte sich eine ausgedehnte Debatte über die Verlegung des Vororts von Oberhausen nach Wanne. Schmidt- und Schiller-Oberhausen sprachen gegen, Sartle-Wanne für die Verlegung. Letzterer begründete die Anträge hauptsächlich mit der Verdrängung des Bergbaues nach Norden. In namentlicher Abstimmung wurde mit 14 gegen 6 Stimmen beschlossen, den Sitz in Oberhausen zu belassen.

Da die Anstellung eines zweiten Beamten beschlossen werden soll, entstand eine längere Aussprache über den Antrag, ob als Beamte auch Nichtbergarbeiter anzustellen seien. Das Ergebnis war der mit 11 gegen 8 Stimmen gefaßte Beschluß, daß nur Mitglieder des Gewerkschaftsvereins der Bergarbeiter als Beamte angestellt werden dürfen.

Beschlossen wurde auch die Einführung des Markenstempels zur Beitragsquittung. Von jeder Marke bleiben 6 Pfg. in den Ortsvereinen. Einer Verringerung wurde auch das Streifreglement unterzogen. Bei Angriffstreiks muß eine sechs Wochen vorhergehende Anmeldung beim Hauptvorstand erfolgen. Wenn diese Bedingung nicht eingehalten wird, kann der Hauptvorstand die Unterstützung verweigern. Jedoch gelten alle vorgehenden Beschränkungen nicht, sobald es sich um Bewegungen handelt zur Beseitigung von Gefahren für Leben und Gesundheit.

Neu sind auch die vorgegebenen Bestimmungen für Bezirkseinteilung und Bezirksleiter. Diese sehen u. a. vor, daß Bezirkskonferenzen zum Zwecke der Anstellung von Bezirksleitern für alle Vereine des Bezirks gültige Beschlüsse fassen können betr. Erhebung von Beiträgen. Diese Bestimmung wurde angenommen mit der Einschränkung, daß ein solcher Beschluß der Zustimmung des Hauptvorstandes bedarf.

Es begann darauf die Beratung des Unterstützungsreglements. Die schwerwiegendste Unterstützung ist die des Krankegeldes. In Stufe a und b wird Krankegeld nicht gezahlt. Stufe c mit 40 Pfg. Beitrag leistet nach vierzehntägiger Krankheit wöchentlich 2,40 Mark Krankenunterstützung. Die d-Stufe mit 60 Pfg. Beitrag leistet nach drei Tagen Karenzzeit wöchentlich 4,80 Mark. Zu den ganzen Unterstützungsleistungen legt der Vertreter des Verbandes eine größere Berechnung vor, worin die Erkrankungsfälle und die Krankheitsdauer von einer Reihe Klassen mit den Ergebnissen des bisherigen Beihilfefonds verglichen werden. Aus diesen Berechnungen ergibt sich, daß die Leistungen für Krankenunterstützung in Klasse o pro Woche 9,2 Pfg., in Klasse d 28,4 Pfg. erfordern. Für Sterbegeld müssen in den vier Stufen wöchentlich geleistet werden 0,8 Pfg., 1,15 Pfg., 1,6 Pfg., 2,4 Pfg. Die übrigen Leistungen, einschließlich Verwaltungskosten, erfordern pro Woche und Beitrag nach den bisherigen Erfahrungen 26,9 Pfg. Es können also nach den vorgelegten Beiträgen eine höheren Leistungen bewilligt werden, als sie der Hauptvorstand vorschlägt.

Während der Aussprache machte der Vorsitzende Mitteilung von einem großen Grubenunglück in Mexiko, wo zwanzig Bergarbeiter in der Grube verbrannt sind. Die Anwesenden erhoben sich zu Ehren der Verunglückten von ihren Plätzen.

Es wurde beschlossen, auch bei Fällen der Arbeitslosigkeit ein Kindergeld von 50 Pfg. pro Woche, jedoch höchstens für drei Kinder, zu zahlen. Bei Streiks wird für jedes Kind unter 15 Jahren 1 Mark wöchentlich mehr gezahlt. Sterbegeld wird nach einem Jahre gezahlt in Staffeln von 20, 30, 40 und 60 Mark. Für jedes Jahr der Mitgliedschaft steigert sich dieser Betrag um 4 Mark, bis zum Höchstbetrage im zehnten Jahre. Die Krankenunterstützungssätze werden auf 50 Pfg. bzw. 1 Mk. pro Tag in den beiden höchsten Stufen festgelegt. Die Zahlungsdauer beträgt 20 Wochen.

Aus den Revieren Dortmund-Gamm und Wanne lagen Anträge vor auf Anstellung von Bezirksbeamten. Es wurde beschlossen, den genannten Bezirken die Anstellung freizugeben, wenn sie mindestens zwei Fünftel der Kosten aufbringen.

Die Hälfte der Beiträge für die Ruhegehaltskasse soll den Beamten aus den Vereinskassen erstattet werden. Die Anstellung eines zweiten Beamten wurde dem Hauptvorstand übertragen.

Die Bestimmung des Tagungsortes der nächsten Generalversammlung wurde dem Hauptvorstand überlassen. Als Zentralratsvertreter wurde Kollege M. Schumacher-Berlin gewählt.

Die Beschlüsse treten am 1. Januar n. J. in Kraft. Nach den begeisterten Schlussausführungen des Vorsitzenden wurde Dienstag gegen 6 Uhr abends die Tagung nach dreitägiger Dauer geschlossen.

Christliches Durcheinander in Saarabien.

Im viel umstrittenen Saarrevier hatten sich die christlichen Gewerkschaften eine beachtenswerte Position geschaffen. Gegen 30 000 Vergleute und 10 000 Stütten- und andere Arbeiter sollten als zahlende Mitglieder vorhanden sein, wenigstens wie man des öfteren von christlichen Agitatoren verschiedenster Güte hören konnte. Kein Wunder, daß die Arbeiter eine baldige Abschüttelung des saarabischen Joches erwarteten, als Herr Süskes bei den Bergarbeitern und Herr Wernerus bei den Stüttenleuten ihre Tätigkeit entfaltet hatten. Verschiedene Vorkommnisse aber machten diese beiden christlichen Führer den katholischen Geistlichen im Saarrevier verdächtig. Denn sie waren nichts weniger als unterwürfige Diener der Kirche, sondern losse demokratische Draufgänger, wenigstens mit dem Munde. Die Abneigung des Klerus gegen die christlichen Gewerkschaften stieg dadurch, während die sogenannte Berliner Richtung eine fortwährende Stärkung erfuhr. Die weitere Folge war, daß der Kampf zwischen diesen beiden Richtungen gerade im Saarrevier mit größter Schärfe ausgefochten wurde.

Um dem abzuhelfen, wurde Süskes auf eine Bezirksleiterstelle ins Ruhrrevier geschickt, während man Wernerus nach Duisburg in die Hauptverwaltung des christlichen Metallarbeiterverbandes nahm. Bei ihrem Weggange konnten beide konstatieren, daß von der ganzen Herrlichkeit noch etwa ein Viertel übrig geblieben und überall Mißbehagen eingetreten war. Den Vergleuten hatte die Beitragserhöhung das Leben schwer gemacht; sie konnten nicht einsehen, daß man wöchentlich 40 Pfg. Beitrag zahlen sollte, wo doch Streiks in den Staatsbetrieben fast ausgeschlossen sind. Die Saarbergleute arbeiten aber alle in staatlichen Gruben. Auch die Unterführungen sind nicht das richtige Zugmittel. Die grobkartige Idee Süskes' aber, monatlich 1 Mark in einen Kampffonds abzuhängen, um später Tarifverträge zu erzwingen, zog auch nicht mehr. Sintermalen der Hauptvorstand davon nichts wissen wollte und das Geld anderweitig gebrauchte.

Bei den Stüttenarbeitern war der verlorene Burbacher Streik der Hauptgrund für die Mißwärtsbewegung. In Rothringen verwirklichte dann noch ein christlicher Führer Engel die ganze Position, so daß er schließlich nach Straßburg verlegt wurde. Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes such man jetzt dort vergebens.

Wer beobachtet hat, mit welchem Radikalismus diese christlichen Führer vorgehen, wie sie immer und immer wieder ihre Bewegung als die allein richtige hinstellen, wer gesehen hat, wie Tausende von Arbeitern zu ihnen aufgeblickt haben als den Bringern einer besseren Zukunft, der begreift auch die Enttäufung, die jetzt fast überall bei den Arbeitern eingetreten ist und einen starken Organisationsüberdruck geschaffen hat.

Die Herren hatten es wohl verstanden, sich gute Hilfsquellen und Kräfte nutzbar zu machen. Es gelang ihnen, die „Saarpoll“ zu gründen und verschiedene andere Blätter stark zu beeinflussen. Auch in evangelischen Kreisen fand man dadurch Vertrauen, daß ein evangelischer Beamter namens Gutsch neben den bereits Genannten tätig war. Trotzdem, wie gesagt, kam es anders. Der Radikalismus der christlichen Führer löste bald die Reaktion aus. Neben der schon erwähnten Organisationsmüdigkeit ist ein starkes Wachstum der gelben Bewegung zu verzeichnen, die von den Werksleitungen in Burbach und Böfelingen zuerst ins Leben gerufen und mit größtem Erfolge gefördert worden ist. Dazu sind nun neue Schwierigkeiten gekommen. Schon Ende vorigen Jahres schien es sicher, daß der Chefredakteur der „Saarpoll“, Herr Meurer, abgewirtschaftet habe. Er war der beste Vorkämpfer der Christlichen, ein guter Passer der Fachabteilungen, und stand auf dem linken Zentrumsflügel. Aus diesen Gründen sollte Herr M. ebenso gegangen werden, wie Süskes und Wernerus, nachdem die große Erwerbsarbeit geleistet war. Dieser Abschied aber war nicht so leicht, da man für diesen Herrn keine anderweitige Verwendung hatte. Es wurde also ein neues Blatt gegründet, das liberalen Tendenzen hulbig und besonders die evangelischen Kreise berücksichtigen sollte. Hier sollte Herr M. wirken. Die Mittel sollten aus den Kreisen der Gewerkschaftsmitglieder aufgebracht werden. Das aber ging der Leitung zu weit, weshalb sie in einem Zirkular davor warnte. Aber die Warnung half nichts. Das Blatt wurde als „Saarbrücker Tageblatt“ gegründet, Herr M. wurde Redakteur und, was das Stärkste ist, in den ersten Wochen befanden sich die Geschäftsräume im christlichen Gewerkschaftshause in Saarbrücken, also mit der Bezirksleitung des Gewerkvereins unter einem Dache.

Dieser Vorgang ist zweifellos sehr interessant, und wird noch interessanter dadurch, daß Herr

Gedenket der schwedischen Arbeiter!

Gutsche Mitarbeiter der neuen „liberalen“ Zeitung ist. Er hat darin kürzlich einen Artikel über gewerkschaftliche Neutralität veröffentlicht, in welchem er eine Lanze für den Liberalismus brach. Das verschmüßte natürlich bei den Anhängern des Zentrums, und alsbald setzte es in der „Saarpost“ durch den neuen Bezirksleiter Herrn Effert einen Nasentüber, der aber Zurückweisung fand.

Nun bedenke man eines: Als unser seit Jahresfrist in Saarbrücken tätiger Kollege Eken versuchte, liberal denkende Arbeiter zum Eintritt in die Deutschen Gewerksvereine zu veranlassen, da wurde er auf der ganzen Linie auf das Gehässige bekämpft, und nun muß man es erleben, daß selbst ein Mitglied der christlichen Bezirksleitung für den Liberalismus kämpft. Das ist natürlich gerade jetzt, wo die neuen, mit Hilfe des Zentrums zustande gekommenen Steuern in Kraft getreten sind, besonders gefährlich. Da soll nun Herr Effert helfen, der gleichzeitig Mitglied des Hauptvorstandes der christlichen Gewerkschaften ist, der Siebenerkommission angehört und, was die Politik anbelangt, absolut „zuverlässig“ ist. Aber auch Herr Effert hat nichts erreicht, obgleich er schon seit April im Revier seine Tätigkeit ausübt. Daß der neue Bezirksleiter insoweit verüßelt ist, kann man leicht begreifen, und um mit dem „Saarbrüder Tageblatt“ zu reden, „ein starkes Minderbrünnen“ ist die Signatur der neuen Bezirksleitung.

Aus alledem kann man es verstehen, daß es auch mit den Christlichen trotz des starken Rückhalts nicht vorwärts gehen will. Man munkelt auch bereits davon, daß Herr Gutsche aus der Bezirksleitung ausscheiden will, weil es ihm dort nicht gebeuer ist.

Unter diesem wilden Durcheinander haben die Arbeiter im Saarrevier natürlich schwer zu leiden. Auf der einen Seite werden sie zu politischen Zwecken mißbraucht, und auf der anderen Seite wieder verstehen die Scharfmacher, wie Dr. Lille, Wagner usw., diese Situation für ihre Zwecke auszunutzen. Seltener kann da nur eine politische und kirchlich neutrale Organisation, für die allerdings zurzeit der Boden noch sehr ungünstig ist; denn die Anhänger der christlichen Organisation sind infolge der jahrelangen Schulung bzw. Verbeugung derart fanatisiert, daß sie es sich schon als besonderen Erfolg anrechnen, jede Versammlung anderer, besonders der kirchlich-Deutschen Richtung zu bereiten. Dazu wird in den Zeitungen jede Gelegenheit benutzt, die „Kirche“ verächtlich zu machen und ihre Einrichtungen herabzuziehen. Selbst das neue, angeblich liberale „Tageblatt“ macht diesen gefährlichen Kampf mit.

Man wird es unter diesen Umständen verstehen können, daß unsere Bewegung die größten Schwierigkeiten zu überwinden hat. Für unsere Kollegen aber erwächst daraus die Verpflichtung, mehr als bisher aus den jetzigen Vorgängen ihre Nutzenwendungen zu ziehen, herauszutreten aus ihrer Reserve und den Kampf entscheidender zu führen für unsere neutralen Gewerksvereine, die auch im Saarrevier die beste Form der Arbeiterorganisation bilden und allein imstande sind, Vorteile für die Arbeiter zu erringen. Denn das hat die Erfahrung der letzten Jahre mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß nur eine einheitliche, d. h. auf neutraler Grundlage aufgebaute Organisation für die Arbeiter auch im dunklen Saarrevier Erfolge erzielen kann. S. E.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 20. August 1909.

Gegenseitigkeitsverträge. Nachdem bereits im Juli d. J. unser Gewerksverein der Holzarbeiter mit dem Reichsbund Deutscher Holzarbeiter für Oesterreich (Sitz Töplitz-Schnöau) einen Kartellvertrag abgeschlossen hat, der den Mitgliedern beider Organisationen gegenseitige Unterstützung gewährt, ist nun auch ein solcher Vertrag zwischen dem Gewerksverein der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter und dem Deutschen Metallarbeiterverband in Oesterreich (Sitz Gablons) zustande gekommen. Die Mitglieder beider Organisationen werden danach unter Anrechnung ihrer bisherigen Mitgliedsdauer und ohne Eintrittsgeld gegenseitig übernommen, wenn sie von Oesterreich nach Deutschland und umgekehrt auswandern. Auf der Wanderschaft befindliche Kollegen erhalten die statutarisch festgelegte Reiseunterstützung, die Arbeitsnachweiskstellen übernehmen die Arbeitsvermittlung, und die Unterstützung der Mitglieder wird nach den statutarischen Bestimmungen derjenigen Organisation geleistet, bei der das betreffende Mitglied sich gemeldet hat. Bei

Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen geben sich die beiden Organisationen die erforderlichen Informationen über den Stand der Bewegung, teils durch Uebersendung der Vereinsorgane, teils auch auf brieflichem Wege.

Wir können auf die Einzelheiten der Verträge hier nicht näher eingehen. Obgleich die Deutschen Gewerksvereine auf nationalem Boden stehen, muß der Abschluß derartiger internationaler Verträge dennoch durchaus mit Freuden begrüßt werden.

Eine scharfe Kritik an der neuen Tabaksteuer über vor kurzem Herr Schiffer, der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, in einer Versammlung in Düsseldorf. Nach dem Bericht des „Düsseldorfer Tageblatt“, eines ausgesprochenen Zentrumsorgans, sagte Herr Schiffer u. a. folgendes:

„Wenn wir als Abgeordnete das Recht und die Pflicht haben, dem Reich nach Möglichkeit aus finanziellen Räten zu helfen, so gibt es aber auch wieder eine Grenze, wo man sagen muß, bis hierher und nicht weiter. Ich kann nicht auf der einen Seite als Gewerkschaftsführer für Verbesserung der Lage der Arbeiter eintreten und auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hinarbeiten, während ich auf der anderen Seite einem Gesetz zustimme, das nach meiner Ueberzeugung Tausende von Arbeitern brotlos macht. Ich kann nicht Dinge tun, die sich nicht miteinander vereinbaren lassen, die in Widerspruch stehen. ... Wenn auch 4 Millionen Mark bewilligt sind für arbeitslos werdende Arbeiter, so ging es mir doch zu weit, erjt die Leute arbeitslos zu machen und ihnen dann Almosen zu geben.“

Was sagen Herr Giesberts und der Handlungsgehilfenführer Schach, die beide für die Tabaksteuer gestimmt haben, zu diesen Ausführungen? Aber noch mehr! Was Herr Schiffer hier von der Tabaksteuer gelagt hat, das gilt, wenigstens zum Teil, auch für manche anderen Steuerarten, für welche die christlichen Führer gestimmt haben. Sie bringen eine Verschlechterung der Lage der Arbeiter, die doch angeblich die christlichen Führer mit heben wollen. Wägen sie sich den Denksattel, der ihnen hier erteilt wird, hinter den Spiegel stecken! Und Herr Schiffer selbst auch mit!

Wer verhöht gegen die Tariftreue? In Scharfmacherblättern wird als Argument gegen die Tarifverträge häufig vorgebracht, daß die Arbeiter dieselben nicht halten. Schon oft hat indessen der Nachweis erbracht werden können, daß Tarifbrüche seitens der Unternehmer sicherlich ebenso oft begangen werden wie seitens der Arbeiter. Einen neuen Beweis dafür finden wir im „Korrespondent“ der Sudbrüder, der von äußerst mangelhafter Tariftreue von Unternehmern an der Hand einer Statistik der Tarifabmachungskommission der Portefeuillearbeiter in Offenbach a. M. berichtet. Befanntlich kam es in der Lederverwaren- und Reiseartikelindustrie Deutschlands im Juli 1908 zu einem Tarifabschlusse, der für die drei Industrietrenten Berlin, Offenbach und Stuttgart bis Juli 1911 in Geltung sein soll. Die Unternehmer haben aber trotz alledem sich die wirtschaftliche Depression zunutze gemacht und die vertraglichen Verpflichtungen nicht gehalten. Von 163 Betrieben in Offenbach a. M. mit 3574 beschäftigten Personen wurden in nur 37 Fabriken mit 530 Beschäftigten und bei 4 Zwischenmeistern, die 20 Arbeiter haben, tarifliche Beanstandungen nicht ermittelt. Bei allen übrigen konnten Tarifverstöße gröblicher Art festgestellt werden. Die größten Schäden zählen zu den tarifbrüchigen. Im Durchschnitt kommen auf tariftreue Firmen 13 Beschäftigte, auf tarifuntreue 28. Von 88 Fabrikbetrieben liegt in 26 überhaupt kein Lohnarif aus, und in 36 ist er entweder nicht vollständig ausgefüllt, oder es haften ihm andere tarifwidrige Mängel an. Obgleich das Offenlegen eines Lohnarifes die Hauptbestimmung eines Tarifes ist, sind Verfehlungen, vor allem Radierungen und Streichungen zum Schaden der Arbeiter, in umfangreichem Maße zu verzeichnen. Es wird dann eine Reihe von Verstößen aufgezählt. U. a. wurden in den meisten Betrieben Lohnherabsetzungen vorgenommen, ohne mit den Arbeitern sich vorher zu verständigen. In 7 Betrieben wird über die 54stündige Arbeitszeit pro Woche hinausgearbeitet, und in 5 kommt der tarifliche Mindestlohn nicht zur Auszahlung. Die Tarifüberwachungskommission der Arbeiter hat gegen die tarifbrüchigen Lederverwarenfabrikanten den im Verträge festgelegten Instanzenweg be-

schrritten. Bis jetzt sind 89 Fälle zur Anzeige gebracht worden.

Was werden unsere Scharfmacher zu dieser Statistik sagen?

Arbeiterbewegung. Der Lohnkampf der städtischen Arbeiter in Kiel ist nun endgültig erledigt. Die Arbeiter haben mit nahezu drei Viertel-Majorität beschlossen, den Kampf abzubrechen und die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. — Zur Beseitigung der Differenzen im Elb- und Sabelschiffahrtsgewerbe sind Verhandlungen zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden eingeleitet worden. Die Arbeitgeber haben sich bereit erklärt, trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage vom 1. Januar 1910 ab Lohn erhöhungen zu gewähren. Die endgültige Entscheidung der Arbeiter steht noch aus. — Die Verhandlungen wegen Weilegung des Hamburger Bauarbeiterkampfes, die in Berlin am Montag stattfanden, sind ergebnislos verlaufen, weil die nachträglich in den Kampf verwickelten Nebenorganisationen der Stuckateure, Töpfer usw. keine Vertreter zu den Verhandlungen entsandt hatten. Es haben deshalb am Mittwoch in Hamburg weitere Beratungen stattgefunden, die zu einer Einigung auf folgender Grundlage führten: Sämtliche Gewerbe, die an der Bewegung beteiligt sind, erhalten den Lohn, der den Maurern usw. in Berlin zugebilligt ist. Es tritt noch vom 1. April 1910 eine Lohnerhöhung von 3 Pfg. pro Stunde und vom 1. Juli 1910 von 2 Pfg. pro Stunde ein. Man hofft, daß beide Parteien am Sonntag diesen Vereinbarungen zustimmen, so daß der Kampf mit Beginn nächster Woche sein Ende erreicht haben dürfte. — In der Dampf- mühle von Kaufmann u. Söhne in Mannheim haben die Mühlenarbeiter die Kündigung eingereicht, weil die Firma sich weigerte, die Löhne zu erhöhen und mit der Organisation zu verhandeln. — Wegen Lohn- differenzen sind in Heidelberg etwa 200 Tischler und Maschinenarbeiter in den Ausstand getreten. — Auf dem Eisen- und Stahlwerk, S. m. b. H. in Ohligsb. Solingen sind Differenzen entstanden, die einen Teil der Form- er zur ArbeitsEinstellung veranlaßt haben; die anderen wurden darauf entlassen. — Der Streik der Geldschrankschlosser in Berlin ist beendet. Die Wiederaufnahme der Arbeit wurde mit 318 gegen 177 Stimmen beschlossen. Die Unternehmer verpflichten sich, den ungelerten Arbeitern einen Mindeststundenlohn von 40 Pfg. zu zahlen. Die Maler und Radierer werden in den alten Tarif neu aufgenommen. Nach Wiederaufnahme der Arbeit soll eine Erhöhung der Löhne stattfinden. Auch der Streik der Bau- schlosser ist beendet worden, da sich für seine Fortführung nicht die erforderliche Majorität ergeben hatte. Mit der Beendigung dieser beiden Streiks ist auch die Aussperrung der Bau- schlosser beendet. — In Danzig standen die Klempner, Installateure und Rohrlieger im Streik. Derselbe ist jetzt durch einen Tarifvertrag beendet, der den Arbeitern eine nicht unwesentliche Lohnerhöhung gewährt. — Die Töpfergesellschaften in Dirschau, welche eine 10prozentige Lohnerhöhung verlangten, sind, weil ihnen keinerlei Zugeständnisse gemacht wurden, in den Streik getreten.

Ueber den Arbeiterschutz in Indien werden in einem amtlichen englischen Berichte für das Jahr 1908 recht wenig erfreuliche Mitteilungen gemacht. So soll, wie die „Soz. Prax.“ mitteilt, keine unmittelbare Regelung der Arbeitszeit männlicher erwachsener Arbeiter eintreten, sondern nur, und zwar besonders in den Textilfabriken, eine mittelbare Beschränkung. Es soll nämlich verboten werden, daß jugendliche Arbeiter zwischen 14 und 17 Jahren mehr als 12 Stunden täglich arbeiten. Die bereits auf 7 Stunden eingeschränkte Arbeitszeit noch jüngerer, als „Kinder“ betrachteter Arbeiter soll auf 6 Stunden herabgesetzt werden. Ferner sollen jugendliche Arbeiter, Kinder und Frauen nicht nach 7 Uhr abends und nicht vor 4 1/2 Uhr früh beschäftigt werden dürfen. Auch soll nach sechs- stündiger Arbeit pflichtgemäß eine Mittagspause eingefügt werden. Endlich ist die Beschäftigung der Frauen ähnlichen Einschränkungen zu unterwerfen wie die der jugendlichen Arbeiter. Die Handelskammer von Kalkutta protestierte aber gegen jede direkte oder indirekte Einschränkung der Arbeit Erwachsener sowie überhaupt gegen jede Aenderung der bisherigen Fabrikgesetzgebung im Interesse der Zuteilnahme, da diese in Indien 200 000 Arbeiter beschäftigt, ihnen jährlich 30 Millionen Rupien an Löhnen gewährt und ein Kapital von 12 Millionen Pfund Sterling investiert

habe, daher durch neue Arbeiterschutzvorschriften nicht beunruhigt werden dürfe.

Indien scheint danach die sozialpolitischen Kämpfe, die das englische Mutterland vor zwei Menschenaltern durchgeföhrt hat, in neuer Gestalt heraufbeschwören zu wollen.

Vom Generalstreik in Schweden, der nun bereits zwei Wochen dauert, sind auch heute keinerlei nennenswerte Veränderungen zu melden. Nach wie vor allerdings werden Nachrichten verbreitet, daß hier und da die Arbeiter wieder in die Betriebe gegangen seien. Die Zahl dieser Arbeitswilligen ist aber auf alle Fälle sehr gering und kommt gegenüber der Zahl der noch am Streik Beteiligten so gut wie gar nicht in Betracht.

Die Ausfichten auf Beilegung des Kampfes haben sich bisher nicht im geringsten gebessert. Die Erwartung, daß der Streik schon nach wenigen Tagen zu Ende gehen würde, hat sich jedenfalls nicht bekräftigt. Selbstverständlich ist die Situation nach wie vor gleich ernst, und wir wollen nicht veräumen, auch heute nochmals an den Opfermut unserer Verbandsgenossen und Genossinnen zu appellieren und sie zu bitten, für die Mitglieder des uns befreundeten schwedischen Arbeiterbundes ein Scherlein beizutragen.

Gewerkevereins-Teil.

Chemnitz. Verbandliche Kampfwelle. Unser Gewerkeverein der Textilarbeiter veranstaltete kürzlich im Gebiete der erzgebirgischen Birkelbewegung eine Reihe öffentlicher Versammlungen. Dies hatte den Zorn der führenden Geister im Textilarbeiter-Verbande erregt, und man beschloß, diese "Freiheit" fürchterlich zu rächen.

der er die gemeinsten und niederträchtigsten Verleumdungen ausstreuung. Aber damit nicht genug! Uns ist ja von der letzten Ostfantenfaulenwahl in Chemnitz her bekannt, daß dieser für "Wahrheit und Recht" kämpfende Arbeiterführer selbst vor Gewalttätigkeiten nicht zurückschreckt. Wir hielten es aber doch nicht für möglich, daß er jemand eine Behauptung, die den Stempel der Lüge an der Stirn trägt, durch Drohung mit Ohrfeigen glaubhaft zu machen sucht.

Verbands-Teil.

9. Quittung über eingangsbelegte Sammelgeber für die ausgesperrten Steinarbeiter (Bauhändler) in Mühlbach in Baden. Bergarbeiter: Ferne 5, Kaiserau 3, Grapische Berufe und Mäler: Waldenburg 5, Holzarbeiter: Bauhen 5, Halle 10, Kirchberg 3,10, Masch- und Metallarb.: Langermünde 4, Schneiber: Leipzig I 5, Leipzig II 5, Ortsverbände: Wipfersleben 5, Pöfen 10, Summa M. 60,10.

Rechts quittiert Mark 1499,40. Insgesamt M. 1559,50.

1. Quittung über eingangsene Unterstüzungsgelder für die am Generalstreik beteiligten schwedischen Gefinnungsfollegen. Von den Hauptstätten: Gewerkeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter 1000 M., Gew. der Fabrik- und Handarbeiter 300, Gew. der Holzarbeiter 200.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Ortsverbandskonferenz in Magdeburg. Die Ortsverbandskonferenz für den 6. Bezirk findet Sonntag, den 29. August, vormittags 11 Uhr, in Magdeburg, in der "Wilhelma", Südeckstraße 129, statt. Tagesordnung: 1. Das Programm der Deutschen Gewerkevereine, 2. Die Aufgaben der Ortsverbände.

Stettin (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Logierkosten im Werte von 1,20 M. beim Kollegen Emil Schmidt, Stettin, Bollwerk 22 im Laden. Die Ortsverbände werden ersucht, Delegierte zur Konferenz zu entsenden. Zahlreiche Beteiligung der Mitglieder ist erwünscht. Der geschäftsführende Ausschuss: J. K. Rudolf Klein.

Fahnen, Vereinsabzeichen, Schärpen, a. schönste und billigste bei Th. Borkop, Oppeln.

Tanz-Schule Otto Wergbach, Union-Besitz (Gewerkevereinshaus), Greifswalderstraße 221. Beginn neuer Tanzaufnahme Anfang und Mitte jedes Monats. Damen, welche gewillt sind, meinem Tanz-Institut beizutreten, erhalten zur Veranschaulichung der Paare freien Unterricht.

Maschinenmeister für eine Druckerei in Frankfurt a. M. gesucht. Stellung dauernd. Bewerber mögen sich schriftlich an das Arbeitersekretariat der Deutschen Gewerkevereine (S. D.), Frankfurt a. M., Alte Mainzerstraße 90, wenden.

Berlin. Vortragsabend der Deutschen Gewerkevereine (S. D.). Verbandsabend der Deutschen Gewerkevereine, N. O., Greifswalderstraße 221/223. Im Juli und August fallen die Sitzungen aus. Erste Sitzung nach den Ferien Mittwoch, 8. September. Gewerkevereins-Liebesfest (S. D.). Jeden Donnerstag, abends 9 bis 11 Uhr, Übungsstunde im Verbandsgebäude der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste sind herzlich willkommen.

Orts- und Kreisverbände. Rachen (Distriktsverband). Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsabend bei Leichter, Alte Panzermannplatz und Zillkstr. - Hamburg (Ortsverband). Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, in Hüttmanns Hotel, Roonstr., Distriktsabende (Distriktsklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr bei Pactor, Kaiser Wilhelmstraße 77.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine. Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen: Sozialdemokratie u. Arbeiterschaft v. Dr. jur. R. F. r u n d. Preis 40 Pfg. Volkswirtschaftslehre von Dr. E. J. S u c h t. Preis 80 Pfg. Muster zu Anträgen, Klagen und Beschwerdeschriften in Angelegenheiten der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pfg. Was muß jeder Versicherte von der Arbeiterversicherung wissen? Welche Ansprüche hat der Versicherte und wie hat er seine Rechte wahrzunehmen? Preis 35 Pfg. Die reichsgesetzliche Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 1,60 M. Preis gebunden 80 Pfg. Krankenversicherungsgesetz nebst dem Hilfskassengesetz. Preis gebunden 60 Pfg. Arbeitsstatistik der Deutschen Gewerkevereine für das Jahr 1906. Preis 3 M. Früher erschienene Statistiken können ebenfalls noch zu denselben Preise bezogen werden.